

Robert Kamer, Einwohnerratspräsident (FDP), eröffnet die 228. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen.

T r a k t a n d e n l i s t e

- | | | |
|----|---------|--|
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | | Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes |
| 21 | 2013.22 | Antonio und Jelena Simic, Kroatien |
| 22 | 2013.23 | Mehmet Atsak, Türkei |
| 23 | 2013.24 | Antony und Nicoletta Lomax mit ihren Kindern, Grossbritannien |
| 24 | 2013.25 | Armend Ramadani, Kosovo |
| 25 | 2013.26 | Merita Himaj, Kosovo |
| 26 | 2013.27 | Habib Jawid, Afghanistan |
| 27 | 2013.28 | Liman Ramadani, mit seinen Kindern, Mazedonien |
| 28 | 2013.29 | Besira und Dzemsaily Terzini mit Sohn Damir, Serbien / Kosovo |
| 29 | 2013.30 | Ersoy Ali, Mazedonien |
| 30 | 2013.31 | Rabie Abouabassi mit seinen Kindern, Marokko |
| 3 | 2013.19 | Rechenschaftsbericht und Rechnung 2012 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung |
| 4 | 2013.21 | Gemeindevertrag über den regionalen Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz Region Brugg |
| 5 | 2013.18 | Erweiterungsprojekt Sanavita AG; Mitfinanzierung Aktionärsgemeinden; Gewährung Aktionärsdarlehen |
| 6 | 2013.16 | Postulat Philipp Umbricht (FDP) und Mitunterzeichner betreffend Abfallbewirtschaftung; Beantwortung |
| 7 | 2013.32 | Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission |
| 8 | 2013.33 | Ersatzwahl Stimmenzähler Einwohnerratsbüro |
| 9 | | Beantwortung von gestellten Fragen |
| 10 | | Mitteilungen des Gemeinderates |
| 11 | | Neueingänge |

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Robert Kamer, Einwohnerratspräsident (FDP):

Genehmigung Protokoll

Zu den Protokollen vom 24. Oktober 2012 und vom 23. Januar 2013 wurden keine Änderungs- und Ergänzungsanträge eingereicht. Sie gelten in der vorliegenden Form als genehmigt.

Todesfall Martin Meyer

Am 28. Mai 2013 ist Martin Meyer gestorben. Er war vom 1. Januar 1982 bis 31. Januar 1992 Mitglied der CVP-Fraktion im Einwohnerrat. Er hat sein Amt mit viel Herzblut und innerem Feuer ausgeübt. Seine humoristischen Jahresrückblicke über die Sitzungen des Einwohnerrates bleiben unvergesslich. Ich habe ihn ab und zu im Dorf gesehen und wir haben uns gegrüsst. Mit Martin Meyer verliert Windisch ein weiteres „Original“.

Gedenkminute Martin Meyer

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes

21 2013.22

Antonio und Jelena Simic, Kroatien

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Antonio Simic wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Jelena Simic wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

22 2013.23

Mehmet Atsak, Türkei

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Mehmet Atsak wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

23 2013.24

Antony und Nicoletta Lomax mit ihren Kindern, Grossbritannien

(gemeinderätliche Botschaft vom 13. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Antony und Nicoletta Lomax und ihren Töchtern Ishbel, Alessandra und Hannah wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.



24 2013.25

Armend Ramadani, Kosovo

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Armend Ramadani wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

25 2013.26

Merita Himaj, Kosovo

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Merita Himaj wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

26 2013.27

Habib Jawid, mit seinen Kindern, Afghanistan

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Habib Jawid und seinen Kindern Sajjad und Nila wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

27 2013.28

Liman Ramadani, mit seinen Kindern, Mazedonien

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja- gegen 8 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Liman Ramadani und seinen Kindern Bedrije und Mexhit wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

28 2013.29

Besira und Dzemsaily Terzini, mit Sohn Damir, von Serbien / Kosovo

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Besira und Dzemsaily Terzini und ihrem Sohn Damir wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

29 2013.30

Ersoy Ali, Mazedonien

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s:

Ersoy Ali wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

30 2013.31

Rabie Abouabassi, mit seinen Kindern, Marokko

(gemeinderätliche Botschaft vom 14. Mai 2013)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s:

Rabie Abouabassi und seinen Kindern Yasmine und Nourdine wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Heini Glauser, (SP): Toll, dass sich 10 Personen resp. Familien zu Windisch bekennen und sich hier einbürgern lassen. Das ist das beste Standortmarketing.

3 2013.19

Rechenschaftsbericht und Rechnung 2012 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung

(gemeinderätliche Botschaft vom 06. Mai 2013)

Heidi Ammon, Gemeinderätin (SVP): Die Rechnung 2012 durchbricht die Regel der grossen Ertragsüberschüsse. Dieser beträgt lediglich rund Fr. 77'000.00, budgetiert waren rund Fr. 80'000.00. Die Gründe können dem ausführlichen Bericht zur Rechnung entnommen werden. Einige Informationen zu Eigenfinanzierung und Finanzausgleich, Nettoaufwand und Nettoschuld:

Eigenfinanzierung und Finanzausgleich

Trotz kleinem Ertragsüberschuss konnten wir nur 25% unserer Investitionen selber finanzieren. Dies führt erstmals wieder zu einer Schuldenzunahme, sie sind um 3.6 Mio. Franken höher. Gemäss unseren Berechnungen können wir aufgrund dieses Ergebnisses 1.75 Mio. Franken aus dem Finanzausgleich erwarten. Die Schlussfolgerungen sind:

- Es fehlen uns 1.75 Mio. Franken zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben
- Ein sorgfältiger Umgang mit den Mitteln ist weiterhin notwendig
- Die Steuerkraft liegt trotz Finanzausgleich unter dem kantonalen Durchschnitt (ca. 3 Mio. Franken)
- Wäre der Finanzausgleich in der Rechnung berücksichtigt worden, würde sich die Eigenfinanzierung auf rund 2.5 Mio. Franken erhöhen. Damit kommen wir der Finanzstrategie des Gemeinderates näher

Nettoaufwand

Bereits 2011 war die Zunahme des Nettoaufwandes um 10% sehr hoch, 2012 sind es 15%. Dafür sind vor allem die gebundenen Kosten verantwortlich, welche nicht oder nur sehr eingeschränkt beeinflusst werden können (Lehrerbesoldung, Pflegebeiträge, Spitalbeiträge, Restkosten Sonderschulen und Heime).

Nettoschuld der Einwohner

Auch hier ist das Jahr 2012 eine Trendwende. Die hohe Investitionstätigkeit und die sehr kleine Eigenfinanzierung führen dazu, dass die Nettoschuld pro Einwohner um Fr. 533.00 auf knapp Fr. 2'000.00/Einwohner angestiegen ist.

Fazit

Unsere Finanzkraft bleibt angespannt. Gemeinderat und Einwohnerrat werden in den nächsten Jahren gefordert sein, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel richtig einzusetzen.

Ich danke den Verwaltungsangestellten, speziell den Abteilungsleitungen, für ihren Einsatz zum Wohle der Gemeinde herzlich. Ich bitte den Einwohnerrat, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Adrian Deubelbeiss, Präsident FiGPK (SP): Im Namen der FiGPK nehme ich zu den Vorwürfen von Einwohnerratspräsident Robert Kamer gegenüber der FiGPK Stellung. Wir haben das Votum als Kritik und Misstrauen verstanden und das Gespräch mit Robert Kamer gesucht. Ein bilaterales Gespräch, ohne Einbezug der Öffentlichkeit, wäre der bessere Weg gewesen. Die öffentliche Kritik, ohne vorher das Gespräch mit uns zu suchen, betrachten wir als Kompetenzüberschreitung des Einwohnerratspräsidenten. Ich halte mit aller Deutlichkeit fest, dass wir uns bei unserer Arbeit an die vom Kanton vorgegebenen Richtlinien halten.

Wir haben die Jahresrechnung und die Buchprüfung nach den kantonalen Richtlinien geprüft. Wir empfehlen die Rechnung zur Annahme. Ich danke allen Beteiligten der Gemeindeverwaltung für ihre Arbeit, insbesondere Marco Wächter, für die prompte Beantwortung der Fragen. Ein Dank an den Gemeinderat, insbesondere an Heidi Ammon, welche unsere Fragen immer speditiv beantwortet. Ich danke den Mitgliedern der FiGPK für die grosse geleistete Arbeit. Ich weise nochmals auf unsere Empfehlungen hin: Die Erarbeitung eines Handbuchs für das Offertwesen und die Thematik IKS.

Robert Kamer, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich danke für die Ausführungen. Ich nehme die Kritik an meiner Person entgegen, nehme hier jedoch keine Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Heini Glauser (SP): Es ist uns beim EW einmal mehr aufgefallen, dass alte Forderungen der FiGPK immer noch nicht erfüllt sind. Dem Energiefonds werden Fr. 25'000.00 gutgeschrieben. Trotz unserer wiederholten Forderung fehlt nach wie vor ein Reglement. Uns stört, dass dieser Fonds eine Art Selbstbedienungsladen ist, so wurde ein Teil der

Expo von Fr. 38'400.00 zu dessen Lasten finanziert. Wir haben grundsätzlich nichts gegen die Verwendung der Gelder. Aber es ist eine Farce, wenn wir in anderen Bereichen kleine Beträge intensiv diskutieren, beim EW kann über höhere Beträge ohne Regelung einfach verfügt werden. Wir vermissen bei der neuen Rechnungsführung beim EW eine vereinfachte Darstellung der erzielten Gewinne. Würden die Kosten für Konzessionen, Verwaltungsentschädigungen usw. einmal aufgelistet, wären die positiven Abschlüsse dieses Werkes transparent. Werte, die in der Privatwirtschaft nur noch teilweise als anständig bezeichnet werden. Die SP erachtet diese Ergebnisse als positiv, verlangt jedoch eine transparentere Information. Je nach Situation sind politische Handlungen und Entscheidungen gefragt. Das EW schliesst gegenüber dem Voranschlag um Fr. 440'000.00 besser ab. Eine markante Differenz.

Rosi Magon, Gemeinderätin (SP): In Vertretung von Vizeammann Heinz Wipfli nehme ich Stellung. Der Gemeinderat weiss um diese Pendenz. In Zusammenhang mit der Einführung der neuen Stromprodukte soll das Reglement gleichzeitig verabschiedet werden. Den Wunsch nach einer transparenteren Darstellung der EW-Rechnung werden wir prüfen.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

- 1 Der Einwohnerrat nimmt vom Rechenschaftsbericht 2012 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.
- 2 Die Verwaltungsrechnung wird mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 76'919.04 genehmigt.
- 3 Der Einwohnerrat stimmt der Zuweisung des Ertragsüberschusses von Fr. 76'919.04 ins Eigenkapital zu.

Robert Kamber, Einwohnerratspräsident, (FDP): Ich danke allen Beteiligten für die umfangreiche Arbeit.

4 2013.21

Gemeindevertrag über den regionalen Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz Region Brugg

(gemeinderätliche Botschaft vom 13. Mai 2013)

Karsten Bugmann, Gemeinderat, (SP): Anstelle von Hanspeter Scheiwiler, welcher bei der Erarbeitung mitgearbeitet hat, vertrete ich dieses Geschäft. Einmal mehr war eine Gesetzesrevision Ursprung der Fusion. Um die zukünftigen Anforderungen erfüllen zu können, will der Kanton auch in diesem Bereich grössere Einheiten schaffen. Die Fusion hat sich in den letzten Jahren abgezeichnet. Wie bei der Spitexvorlage ist der Kreis immer grösser geworden: Praktisch der ganze Bezirk, die Ausnahme bilden die Gemeinden im Fricktal, ist an dieser Fusion beteiligt. Die Blaulichtorganisationen werden unter einem Dach zusammengefasst und bei einer Krise gemeinsam geführt. Grundsätzlich sollen inskünftig identische Einsatzgebiete bestehen. Die Zusammenarbeit wird mit einem Gemeindevertrag geregelt. Im Gegensatz zu anderen Vorlagen, gibt es neben der Regionalen Bevölkerungsschutzkommission zusätzlich einen Lenkungsausschuss. Mit dieser Form soll der Übergang von der alten in die neue Organisation erleichtert werden. Die Finanzierung soll möglichst kostengünstig ausfallen, dies ist ohne grosse Mehrkosten gelungen. Zu beachten ist, dass im Hinblick auf eine mögliche Fusion in den letzten Jahren sehr zurückhaltend investiert worden ist und teilweise Auflagen des Bundes nicht umgesetzt wurden. Diese Investitionen werden in den nächsten Jahren anfallen. 15 der 21 Vertragsgemeinden haben dem Vertrag bereits zugestimmt. Windisch befindet sich als 16. Gemeinde über den Vertrag. Ich beantrage die Genehmigung des Gemeindevertrages.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Andreas Anner (SVP): Wir begrüssen die Regionalisierung. Die bestehenden Schutzanlagen KP Chapf und BSA Dägerli werden in öffentliche Schutzräume umgewandelt. Ein persönlicher Wunsch: Es wäre hilfreich, eine Übersicht über die vielen technischen Abkürzungen zu haben. Wird unsere Sanitätshilfsstelle subsummiert? Wenn ja, erachten wir die eingesetzten Kosten von Fr. 2'000.00 schlicht als zu tief. Sehr viel Material muss entsorgt werden, da es nicht verkauft werden kann. Wenn Nein, was passiert mit der Sanitätshilfsstelle? Wann fallen die Kosten von Fr. 450'000.00 für das Umrüsten

der Schutzräume an? Folgt eine separate Vorlage oder ist dies im vorliegenden Projekt enthalten? Die SVP stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Barbara Scheidegger (CVP): Die Leistungen des Zivilschutzes kennen wir vor allem durch Hochwassereinsätze. Mehr kann ich zum Zivilschutz nicht sagen, ich weiss zu wenig. Ich schliesse mich dem Wunsch von Andreas Anner nach einer Liste für die Abkürzungen an. Entgegen der verbreiteten Meinung, eine Fusion senke die Kosten, ist dies nicht der Fall. Ein Grund könnte sein, dass Windisch infolge der sehr knappen Mittel die Aufgaben effizient erledigt hat. Eigentlich sollten wir dieses Know how den anderen Gemeinden weitergeben. Dieser positive Punkt sollte in Diskussionen mit anderen Gemeinden immer wieder erwähnt werden. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Martin Weber (SP): Wir haben festgestellt, dass wir zu wenig Zivilschutztage geleistet haben, um diese Abkürzungen zu verstehen. Der Vertrag wurde sorgfältig erarbeitet und verdient breite Unterstützung, so auch bei der SP. Der Zusammenschluss ist sinnvoll. Wir bedauern, dass wir ein weiteres Stück Gemeindeautonomie abgeben. Der Entscheidungsspielraum für den Einwohnerrat, aber auch für die Gemeinde, wird immer kleiner. Realistisch gesehen gibt es die Gemeindeautonomie nur noch in der Bundesverfassung. Deshalb die Frage, diese muss heute nicht beantwortet werden: Wann ist der Zeitpunkt da, wo wir alles regionalisieren können, im speziellen unsere angespannte Finanzlage?

Ruedi Kümín (EVP): Ich bin gerne Mitglied des Zivilschutzes. Der Zivilschutz spielt bei der Unterstützung der Blaulichtorganisationen eine wichtige Rolle. Ich bin Einwohnerrat und aktives Mitglied des Zivilschutzes. Als Einwohnerrat habe ich den Auftrag diesen Antrag zu prüfen, dies ist nicht ganz einfach. Was ist zu prüfen? Für mich ist wichtig, dass der Weiterbildung nach wie vor eine grosse Priorität eingeräumt wird. Was sind die Kostenfolgen, welchen Nutzen hat die Gemeinde Windisch? Die Vorlage beantwortet diese Fragen.

Als aktives Mitglied des Zivilschutzes freue ich mich über die notwendige Professionalisierung. Ich erlaube mir ein paar Anregungen weiterzugeben, im Wissen, dass es wahrscheinlich nicht viel nützt. Ich wünsche mir gut organisierte und sinnvolle WK's. Arbeiten und Aufgaben die der Region und Windisch, aber auch dem Zivilschützer, einen Nutzen bringen. Die Mannschaften sollen mit Aufgaben gefordert werden und nicht

nur die Zeit absitzen. Aufgrund der Rahmenbedingungen bin ich überzeugt, dass wir mit der ZSO Region Brugg auf dem richtigen Weg sind. Die EVP stimmt dem Antrag zu.

Philipp Umbricht (FDP): Die Regionalisierung der Zivilschutzorganisationen ist notwendig. Wir haben zu viele kleine Einheiten. Der Zivilschutz Windisch hat am Stadtfest Brugg mitgearbeitet. Gleichzeitig wäre auch ein Einsatz bei den Hochwasserschutzmassnahmen notwendig gewesen. Unser Zivilschutz ist zu klein, um beide Aufträge gleichzeitig auszuführen. Wenn ein Drittel der Mannschaft dem Aufgebot Folge leisten kann ist dies viel. Es ist gut grössere Einheiten zu bilden, welche flexibler sind. Das Kommando wird professioneller, die Ergebnisse besser. Die höheren Kosten wurden erwähnt. Nach meiner Interpretation wird es billiger. Beim Personal sind zusätzlich 50% für die Administration Schutzraumkontrolle vorgesehen. Werden diese zusätzlichen Kosten abgezogen, sind die Gesamtkosten der Organisation etwas billiger. Unsere Leute werden neu in Brugg angestellt, somit werden 80 Stellenprozente im Laufe des Jahres 2014 wegfallen. Die FDP stimmt dieser Vorlage ebenfalls zu.

Karsten Bugmann, Gemeinderat (SP): Es ist leider eine Tatsache, dass die Gemeindeautonomie nur noch auf dem Papier besteht. Es gibt praktisch keine Aufgabe mehr, die alleine bewältigt werden kann. Wir arbeiten in den verschiedensten Bereichen mit unterschiedlichsten Rechtsformen mit anderen Organisationen, Partnern zusammen. Die Verteilung der Kosten ist deshalb ein wichtiges Thema, da diese vor allem durch die Zentrumsgemeinden getragen werden. Ich glaube, dass der Bezirk Brugg mit weniger als 50'000 Einwohnern langfristig keine Zukunft hat. Die Fusion ist notwendig, weil wir den Zivilschutz alleine nicht mehr am Leben erhalten können. Ich danke für die klärenden Voten und entschuldige mich für die technokratische Vorlage. Ich selbst habe nie Zivilschutz geleistet, aber viel Militär. Ich hoffe, dass die Wiederholungskurse nutzbringend durchgeführt werden können. Alleine sind wir gar nicht mehr in der Lage, die vom Kanton gestellten Bedingungen zu erfüllen. Unsere Organisation besteht bereits aus vier Gemeinden, nun wird sie auf 21 Gemeinden erweitert. Die Administration der periodischen Schutzraumkontrollen wäre eine Aufgabe der Gemeinden, diese wird nun zentralisiert wahrgenommen und ausgeführt. Die Personalfrage ist gelöst. Unser Mitarbeiter, welche die Zivilschutzstelle geführt hat, wird sich neu um diese Administrationsarbeiten kümmern.

Kurz nach der Sanierung der Sanitätshilfsstelle wurde sie ausser Betrieb genommen. Diese kann nun in Schutzräume umgewandelt werden. was jedoch eine Aufgabe der Gemeinde und nicht des Verbundes ist. Jede Gemeinde muss die notwendigen Schutz-

plätze bereitstellen, sei es in öffentlichen oder in privaten Gebäuden. Eine nächste Revision auf Bundesebene ist absehbar, deshalb ist die Umrüstung dieser Räumlichkeiten zurückhaltend anzugehen. Trifft der Befehl aus Bern ein, werden wir diese Aufgabe anpacken und eine Kreditvorlage unterbreiten müssen.

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Die Sanitätshilfsstelle wird inaktiv gesetzt. Der Unterhalt ist unsere Aufgabe, dafür erhalten wir Bundesbeiträge. Im Bedarfsfalle muss sie wieder aktiviert werden können. Nebst dem Inhaltsverzeichnis gibt es auch ein Glossar mit der Erklärung der Abkürzungen. Sollte ich eine vergessen habe, bitte ich dies zu entschuldigen.

Heini Glauser (SP): Ich teile die Euphorie bei dieser Regionalisierung nicht. Ich bin mit Karsten Bugmann nicht einverstanden, dass Gebilde mit weniger als 50'000 Personen keine Zukunft mehr haben. Die Bildung von grösseren Einheiten und das gemeinsame Wahrnehmen von Pflichten und Rechten ist eine Auslagerung von Aufgabenbereichen. Jedes überregionale Gebilde ist anders zusammengesetzt. Bei der Feuerwehr arbeiten wir nicht mit Brugg zusammen. Tatsache ist, dass wir Mitmachen und bezahlen müssen. Offen bleibt die Frage, wer schlussendlich die Entscheidungskompetenz hat. Beim nächsten Geschäft ist dies in einer anderen Form auch wieder ein Thema. Unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten geben wir fortlaufend ab, bezahlen müssen wir trotzdem. Ich lehne dieses Geschäft ab. Die Schlagworte wie „professioneller, Forderung des Kantons, einzelne Gemeinden sind zu klein, effiziente Kosten“ können heute bei allen Themen angeführt werden. Die Zusammenschlüsse sind grundsätzlich zu überprüfen, wir sagen zu allen grösseren Einheiten blind Ja. ich bin nicht gegen eine Zusammenarbeit, dies ist auf verschiedene Arten möglich. Es können Strukturen geschaffen werden, ohne dass wir unsere Mitspracherechte komplett abgeben.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Gemeindevertrag über den regionalen Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz Brugg Region.

5 2013.18

Erweiterungsprojekt Sanavita AG; Mitfinanzierung Aktionärsgemeinden; Gewährung Aktionärsdarlehen

(gemeinderätliche Botschaft vom 06. Mai 2013)

Robert Kamber, Einwohnerratspräsident (FDP): Als Verwaltungsratspräsident der Sanavita AG werde ich bei der Abstimmung in den Ausstand treten. Vizepräsident Mathias Richner führt den Vorsitz.

Heidi Ammon, Gemeinderätin (SVP): Dieses Geschäft hat den Gemeinderat über einen längeren Zeitraum beschäftigt. Ich zeige die Geschichte auf. Es wurde teilweise nicht verstanden, weshalb wir diesen Darlehensvertrag unterbreiten. Die Verantwortung liegt vollumfänglich bei der Sanavita AG.

Der Gemeinderat wurde erstmals anfangs 2012 mit den Bauplänen der Sanavita konfrontiert. Die Sanavita hat die beteiligten Gemeinden gebeten, zu einer Kostenbeteiligung Stellung zu nehmen. Alle Gemeinden haben im Verlaufe des Sommers eine Beteiligung bestätigt. Die Sanavita ging damals noch davon aus, dass die Sanierung aus eigenen Mitteln finanziert werden kann. Wir haben vorsorglich einen Betrag in der Finanzplanung berücksichtigt. Das Projekt wurde mit der Einreichung des Baugesuches konkret. Einziger Wermutstropfen bei diesem Projekt ist der Abbruch der Alterswohnungen. Einerseits musste sämtlichen Mietern gekündigt werden, andererseits muss die Sanavita einen grossen Abschreibungsbedarf decken. Die Finanzierung war in diesem Zeitpunkt noch nicht vollumfänglich gesichert und es wurde mit möglichen Finanzinstituten Kontakt aufgenommen. Praktisch alle Finanzinstitute erwarten von den Gemeinden Zugeständnisse. In Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsratspräsidenten und dem Finanzverwalter habe ich mögliche Finanzierungsmodelle erarbeitet und die Wirkung auf die Gemeinden geprüft. Die drei Gemeinden haben sich auf die Variante Aktionärsdarlehen geeinigt. Für dieses Finanzierungsmodell sprechen folgende Fakten:

- Das Eigenkapital der Sanavita wird gestärkt
- Die Verschuldung der Gemeinden bleibt unverändert
- Das Darlehen wird zurückbezahlt (8 Jahre)
- Das Risiko ist auf 2,187 Mio. Franken fixiert
- Das Darlehen wird verzinst

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das Eigenkapital mit dieser Lösung nur für eine beschränkte Zeit gestärkt wird. Die Sanavita behält mit dieser Möglichkeit die Selbstständigkeit und kann die Erweiterung verkraften.

Warum stützt der Gemeinderat das Anliegen der Sanavita?

- Die Finanzpläne der Sanavita zeigen, dass die Wirtschaftlichkeit dieses Erweiterungsprojektes gegeben ist
- Die Bettenauslastung der Sanavita liegt in den letzten Jahren im Durchschnitt bei rund 97 %
- Mit der Verselbständigung und der Gründung der Sanavita AG haben die Gemeinden die Verantwortung für die Versorgungssicherheit an die Sanavita übertragen
- Die Sanavita schafft zusätzliche Pflegebetten, damit wird der errechnete Bedarf der 3 Aktionärsgemeinden für die nächste Planperiode sichergestellt
- Für die Gemeinden entstehen keine zusätzliche Zinslasten, da das Darlehen verzinst wird
- Das Darlehen ist befristet und dient der vorübergehenden Stärkung des Eigenkapitals

Der Gemeinderat beantragt, die Gewährung des Aktionärsdarlehens von 2.187 Mio. Franken zu genehmigen.

Heiko Loretan Kühnis, Vertreter FiGPK (CVP): In einem Vortrag habe ich gehört, dass sich der Anteil der alten Menschen, 80 plus, von 1980 bis 2035 verdoppelt. Die Botschaft informiert über das bestehende Pflegebettendefizit. Das Bauprojekt ist erarbeitet und es liegt eine rechtskräftige Baubewilligung vor. Die FiGPK erachtet es als problematisch, dass die Finanzierung nicht sichergestellt ist. Die Kosten belaufen sich auf 23.8 Mio. Franken, davon sollen Habsburg, Mülligen und Windisch 3 Mio. Franken finanzieren. Die Sanavita steuert aus eigenen Mitteln ebenfalls 3 Mio. Franken bei, die restlichen 17.8 Mio. Franken werden fremdfinanziert. Wir haben zwei Probleme: Für die Eigenfinanzierung stehen der Sanavita erst 1.1 Mio. Franken zur Verfügung, die restlichen Mittel müssen zwischen 2013 und 2015 erarbeitet werden. Wie bei jedem Businessplan bestehen Unsicherheiten. Tatsache ist, dass der Anteil der älteren Generation stark zunimmt, andererseits sind wir nicht sicher, ob die Finanzierung wirklich sichergestellt ist.

Die FiGPK empfiehlt diesem Geschäft nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass die Fremdfinanzierung des Projekts, unter Berücksichtigung der Eigenmittelsituation, sichergestellt ist und das anteilmässige Engagement der Gemeinden Habsburg und Mülligen gewährleistet ist.

Eintreten ist unbestritten

Detailberatung

Barbara Scheidegger (CVP): Die Sanavita AG geniesst sehr viel Wohlwollen bei der Bevölkerung. Der Ersatz des ältesten Gebäudeteiles aus dem Jahre 1960 wird schon lange diskutiert. Die CVP-Fraktion unterstützt dieses Erneuerungs-/Sanierungsprojekt. Trotzdem hat uns das Aktionärsdarlehen sehr beschäftigt. Seit 2008 ist die Sanavita eine gemeinnützige Aktiengesellschaft und ist finanziell eigenständig. In den letzten vier Jahren wurde ein solides Betriebsergebnis erwirtschaftet. Einerseits war diese Zeit die Startphase der AG, andererseits aber Vorbereitung für das stehende Bau- und Umbauprojekt. Die für die Finanzierung angefragten Banken haben ebenfalls festgestellt, dass sehr wenig Eigenkapital vorhanden ist. Deshalb fordern sie von den Aktionären, den Eigentümern der Sanavita, ein grösseres Engagement. An sich ein normaler Vorgang. Welches Risiko geht die Gemeinde ein, wenn sie dieses Darlehen gewährt? Diese Summe steht uns nicht einfach zur Verfügung. Vier Punkte haben sich aus unserer langen Diskussion ergeben: 1. Der Bedarf an zusätzlichen Pflegebetten ist ausgewiesen. Ein kostendeckender Betrieb des Heims ist damit gewährleistet. Zu beachten ist, dass die Darlehen und Hypotheken innert 40 Jahren abbezahlt werden müssen. Gleichzeitig gilt es neue Reserven zu bilden, damit die nächste Sanierung geplant werden kann. 40 Jahre sind eine sehr kurze Zeit. 2. Dem kleinen Eigenkapital steht ein teures Projekt gegenüber. Es besteht die Gefahr, dass die Baukosten grösser ausfallen und die Gemeinden um weitere Mittel gebeten werden. Der Kreditbedarf liegt schlussendlich über 2.5 Mio. Franken und es wäre besser, die Gewährung des Darlehens einer Volksabstimmung zu unterbreiten. 3. Die Alterswohnungen haben einen Vermögenswert von ca. 2,5 Mio. Franken. Dieser ist noch nicht abgeschrieben und die Lebensdauer der Wohnungen ist noch lange nicht erreicht. Dieser Tatsache ist entgegenzusetzen, dass der Betrieb während dem Umbau weitergeführt werden kann und die Betriebs- und Personalkosten, bedingt durch den Neubau, sinken. 4. Der Verwaltungsrat trägt eine sehr grosse Verantwortung. Gewährt die Gemeinde ein Darlehen müssen nebst den Fachleuten auch die politischen Gremien im Verwaltungsrat vertreten sein. Nur auf diese Weise ist die direkte Kommunikation gewährleistet. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass Entscheidungen irgendwo gefällt und der Einwohnerrat nur noch den notwendigen Kredit sprechen darf. Obwohl ich vor allem die finanzielle Seite angesprochen habe, ist uns bewusst, dass dieses Pflegeheim zum Wohle der Bevölkerung gebaut

wird. Die Möglichkeit besteht, dass wir selbst einmal im Pflegeheim der Sanavita AG leben. Die CVP steht hinter der Sanavita AG und unterstützt den Antrag mehrheitlich.

Werner Rupp (SVP): Die SVP schätzt die Senioren und das Alters- und Pflegeheim. Die Beteiligung der Stimmbürger und der sparsame Umgang mit den Mitteln sind ihr ebenfalls wichtig. Die Sanavita ist eine Aktiengesellschaft. Eine Kapitalerhöhung kann durch die Ausgabe von Publikumsaktien erfolgen, dies bringt zwei Vorteile: Eine breite Volksabstützung in den drei Gemeinden und in der Region. Durch die Wahrnehmung der Aktionärsrechte kann die Bevölkerung aktiv mitwirken und mitentscheiden. Mit einer Volksbeteiligung entlasten wir auch die öffentlichen Finanzen. Weshalb will man diesen Weg nicht gehen? Ist eine Teilnahme des Volkes an der Generalversammlung nicht erwünscht oder ging diese Lösung vergessen? Die fehlende Volksbeteiligung ist ein grosser Mangel. Zu den Finanzen. Wenn ein Projekt mit Kosten von 20.3 Mio. Franken veranschlagt ist, ist es alles andere als feinfühlig, den Senioren im Dezember mitzuteilen, dass sie ihre Wohnung bis im März verlassen müssen. Kein grosses Eigenkapital, weniger Mieteinnahmen und plötzlich kostet das Projekt 3.5 Mio. Franken mehr. Dieses Vorgehen fördert das Vertrauen nicht, es ist auch nicht bekannt, ob noch weitere Mehrkosten anfallen. Wir liegen bereits heute 17% über dem ursprünglichen Budget. Eine Zustimmung ist ein Freipass und wir sind gezwungen, auch bei weiteren Kreditanträgen Ja zu sagen. Der Campussaal lässt grüssen. Das Projekt muss mit den zur Verfügung stehenden Mitteln realisiert werden. Werden zusätzliche Mittel benötigt, sind diese mit Publikumsaktien zu beschaffen. Die SVP lehnt den Antrag ab.

Peter Vismara (FDP): Die FDP sieht die Notwendigkeit des Projektes für unsere älteren und pflegebedürftigen Menschen und unterstützt die Gewährung des Aktionärsdarlehens. Die mit der Erhöhung und Beteiligung verbundenen unternehmerischen Risiken sind für Windisch weiterhin tragbar. Die Gewährung des Aktionärsdarlehens von 2.187 Mio. Franken wird gestützt auf die Rahmenbedingungen einen jährlichen Ertrag generieren. In diesem Sinne empfiehlt die FDP den Antrag des Gemeinderates zur Annahme.

Martin Schibli (EVP): Ich kann mich meinen Vorrednern in verschiedenen Punkten anschliessen. Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass die Sanavita über genügend Mittel verfügt und nicht auf fremde Hilfe angewiesen ist. Der Variantenvergleich belegt, dass das Darlehen die beste Lösung ist. Die EVP unterstützt den Antrag.

Christan Bolt (SP): Wir unterstützen diese Vorlage, es geht um unsere Zukunft. Gestresst hat uns das Vorgehen. Der Zwang ist spürbar, wir können nur Ja sagen. Wie bereits einige Male erwähnt, machen wir uns in Anbetracht der Regionalisierungen Gedanken, welche Aufgaben dem Einwohnerrat noch bleiben. Wir geben die Basisdemokratie stückweise ab. Es gilt deshalb Überlegungen anzustellen, welche Rahmenbedingungen der Einwohnerrat vorgeben kann, wenn die Sanavita einen Neubau erstellt. Wir können beispielsweise verlangen, dass regionale Handwerker zum Einsatz kommen oder Bedingungen für die Ökologie, Energie vorgeben. Dies ist bei dieser Vorlage nicht mehr möglich. Der Bedarf an Pflegebetten ist ausgewiesen. Wir sind froh, dass die Sanavita auf die Situation reagiert und in der Region gute Altersarbeit geleistet wird. Barbara Scheidegger hat das Risiko angesprochen. Karsten Bugmann, welcher Mitglied des Verwaltungsrates ist, hat uns aufgezeigt, dass wir ohne Bedenken auf diese Vorlage eintreten können. Zum Gedanken der Volksbeteiligung: Es gibt nach meinen Informationen weitere Projekte, wie „Wohnen im Alter“. Ich bin zu wenig informiert, eine Volksbeteiligung kann allenfalls bei diesem Projekt geprüft werden. Bei dieser Vorlage ist dies sicher kein Thema, wir stimmen dem Antrag zu.

Brigitte Eggmann (SVP): Im Namen der SVP stelle ich einen Zusatzantrag. Barbara Scheidegger hat die Finanzierungslücke von 1.2 Mio. Franken, wie sie auch im Bericht der FiGPK erwähnt wird, angesprochen. Die Gemeindeordnung bestimmt, dass ein Geschäft der Urne vorgelegt werden muss, wenn der Wert 2.5 Mio. Franken übersteigt. Müssen die fehlenden 1,2 Mio. Franken durch die Gemeinden Windisch, Habsburg und Mülligen abgedeckt werden, muss Windisch zusätzlich zu den 1.8 Mio. Franken Fr. 875'000.00 aufbringen. Der Zusatzantrag lautet: Die bereits vorliegende Botschaft des Gemeinderat 2013/18 soll dem Volk vorgelegt werden. Die Windischer Bevölkerung ist Aktionär der Sanavita AG. Sie bringen mit ihren Steuern nicht nur das Aktionärsdarlehen von Fr. 2.187 Mio. Franken auf, sie haften ebenfalls für den Anteil an der Finanzierungslücke, wenn diese nicht durch das Eigenkapital der Sanavita AG gedeckt werden kann.

Heidi Ammon, Gemeinderätin (SVP): Der Antrag der SVP für die Ausgabe von Publikumsaktien ist mit der Rechtsform der Sanavita nicht kompatibel. Die Ausgabe von Publikumsaktien erfordert neue Strukturen, die Ausarbeitung neuer Verträge, dies ist mit Kosten verbunden. Wir können über die Vorlage abstimmen, wenn der Betrieb wie bisher belassen wird. Kommt der Einwohnerrat zum Schluss, dass die Sanavita wirtschaftlicher werden muss, ist das Geschäft zurückzustellen und neu zu erarbeiten.

Karsten Bugmann, Gemeinderat (SP): 2006 haben die Fraktionen von FDP und SVP mit Postulaten die Verselbständigung der Sanavita und deren unternehmerische Freiheit gewünscht. Ich zitiere: „Betriebswirtschaftlich und organisatorisch auf solider kommerzieller Basis etc.“. Der Gemeinderat hat diesen Auftrag entgegengenommen. Die Sanavita war rechtlich immer selbständig, früher in Form einer Stiftung. Die Gemeinde hat sich mit jährlichen finanziellen Beiträgen am Betrieb beteiligt. Heute ist die Sanavita eine Betriebs AG. Die Idee der Publikumsaktien ist bestechend. Wie die Spitex ist auch die Sanavita steuerbefreit. Eine Bedingung ist, dass keine Publikumsaktien ausgegeben werden dürfen. Dies kann man ändern, erfordert jedoch einen langwierigen Prozess und eine komplexe Arbeit. In diesem Falle wird die Sanavita AG ihre Steuerbefreiung verlieren. Aus dieser Idee resultiert weder ein Nutzen noch ein Gewinn. Auch die Idee der Volksabstimmung tönt gut. Bei diesem Geschäft ergibt dies jedoch keinen Sinn, weil bei der Bauausschreibung Unternehmerofferten eingeholt wurden. Das Submissionsverfahren ist abgeschlossen und die Arbeiten vergeben. Mit der Durchführung einer Volksabstimmung wird der Prozess verzögert und die zeitlich befristeten Unternehmerofferten verlieren ihre Gültigkeit. Es muss nochmals eine öffentliche Submission durchgeführt werden und die Alterssiedlung steht noch länger leer. Die Situation wird dadurch alles andere als besser. Wird eine Volksabstimmung durchgeführt entsteht gemäss Schätzung Verwaltungsrat ein Schaden von Fr. 100'000.00. Martin Schibli hat es angesprochen, die Gewährung des Darlehens ist die mildeste Variante, die beteiligten Gemeinden werden am wenigsten gefordert. Ursprünglich war vorgesehen, das Projekt ohne Beteiligung der drei Gemeinden zu realisieren. Verschiedene Gründe haben zur vorliegenden Lösung geführt. Die Absage von Hausen, nicht an der Sanavita zu partizipieren, hat die finanzielle Ausgangslage verändert. Änderungen bei den Eigenkapitalvorschriften der Banken ergaben andere Voraussetzungen für das Vorgehen. Im Zuge der Ausarbeitung des Bauprojektes mussten verschiedene zusätzliche Auflagen erfüllt werden. So verlangt die AGV wesentlich mehr Treppenhäuser als geplant. Ein Mehrnutzen resultiert nicht, aber wir müssen diese Auflage vollziehen. Wir erstellen einen Neubau und müssen zusätzliche Zivilschutzbetten realisieren. Auch daraus resultiert kein direkter Nutzen, aber wir müssen auch diese Auflage vollziehen. Beim Bau 95 werden dort Sanierungsarbeiten ausgeführt, wo es im Zusammenhang mit dem Projekt sinnvoll ist. Die Mehrkosten können sehr gut begründet werden. Wir bedauern die Notwendigkeit der Kündigung der Alterswohnungen sehr. Die Bewohner wurden im Dezember informiert und hatten über 16 Monate Zeit, sich eine neue Wohnung zu suchen oder sich für einen Eintritt ins Altersheim zu entscheiden. Sie wurden bei Bedarf per-

sönlich durch Stefan Wagner unterstützt, der bestens vernetzt ist. Es ist keinesfalls so, dass wir diese Menschen einfach ihrem Schicksal überlassen haben, im Gegenteil. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht haben wir diese Lösung nicht gesucht, der Verwaltungsrat hat sich für den Erhalt der Siedlung entschieden. Das Siegerprojekt hat dann eine völlig andere Ausgangslage geschaffen und sieht anstelle der Alterssiedlung den Erweiterungsbau vor. Die daraus resultierenden Vorteile wurden bereits angesprochen. Während der Bauphase kann der Betrieb grösstenteils weitergeführt werden. Der Neubau bringt Einsparungen von rund Fr. 750'000.00 bis 1 Mio. Franken pro Betriebsjahr. Diese sind vor allem auf die Struktur und die Abläufe im neuen Gebäude mit vier Pflegestationen mit 30 Betten und einem Zentralbereich zurückzuführen. Auch wenn wir nur eine halbe Million Franken pro Jahr einsparen, in 20 Jahren haben wir bereits ein Vielfaches gespart, gegenüber dem Wert, den wir leider vernichten müssen. Wir haben uns für die betriebswirtschaftlich beste Variante entschieden und weitsichtig gehandelt. Auf weitere Fragen gebe ich gerne Auskunft.

Das Projekt „Wohnen im Alter mit Services“ wurde angesprochen. Dies ist ein weiteres Projekt, welches jedoch mit einem Investor realisiert wird. Die Sanavita benötigt kein weiteres Kapital, auch nicht von den Gemeinden. Es geht darum, mit dem betreuten Wohnen eine Zwischenlösung und ein Angebot zu schaffen, welche ein längeres selbständiges Wohnen ermöglicht.

Einwohnerratspräsident Robert Kamer befindet sich im Ausstand.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag Brigitte Eggmann (SVP)

Philipp Umbricht (FDP): Dieser Zusatzantrag ist in der vorliegenden Form nicht gültig. Es kann lediglich ein Zusatzantrag gemäss § 5 der Gemeindeordnung gestellt werden, dass der Entscheid des Einwohnerrates dem fakultativen Referendum unterstellt wird.

Mathias Richner, (EVP): Nach Beratung mit Stefan Wagner stimmen wir zuerst über den Antrag des Gemeinderates ab. Anschliessend kommt der Antrag von Brigitte Eggmann zur Abstimmung.

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Gewährung eines Aktionärsdarlehens in der Höhe von 2,187 Mio. Franken an die Sanavita AG für das Erweiterungsprojekt Lindenpark.

Antrag Brigitte Eggmann (SVP)

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag diesen Entscheid der Volksabstimmung zu unterbreiten, mit 9 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen ab.

Robert Kamer, Verwaltungsratspräsident Sanavita: Ich danke für die positive Beschlussfassung. Habsburg hat am letzten Freitag diesem Geschäft ebenfalls zugestimmt. Besten Dank, auch im Namen der heutigen Bewohner der Sanavita AG, die sich auf ein neues, schöneres und bequemer Wohnen freuen können. In den Altbauzimmern beträgt die Nutzfläche 12 m², die Nasszelle besteht lediglich aus einem Lavo und einem WC. Bedanken möchte ich mich auch im Namen der Mitarbeitenden und den zehn Lernenden.

6 1013.16

Postulat Philipp Umbricht (FDP) und Mitunterzeichner betreffend Abfallbewirtschaftung; Beantwortung

(gemeinderätliche Botschaft vom 13. Mai 2013)

Reto Candinas (SP): Die Beantwortung ist interessant und umfangreich. Mich interessiert, ob Pläne für einen Rückbau der Kompostieranlage bestehen.

Heinz Wipfli, Vizeammann (FDP): Die Kompostieranlage ist ökologisch nicht auf dem neusten Stand. Gasbildungen treten aus der offenen Kompostieranlage in die Umwelt. Das Schmutzwasser fliesst in die Kanalisation. Es ist sinnvoll, dieses Grundstück mittelfristig einer anderen Verwendung zuzuführen und die Kompostieranlage aufzulösen. Das anfallende Grüngut kann einer bestehenden Kompostieranlage zugeführt werden, aus welcher eine Energienutzung entsteht.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat Philipp Umbricht (FDP) betreffend Abfallbewirtschaftung vom 04. Juni 2012 wird von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7 2013.32

Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Marco Valetti (SVP): Die SVP schlägt Werner Rupp zur Wahl vor. Werner Rupp ist 52 Jahre jung und in Gebenstorf aufgewachsen. Seit er 16 Jahre alt ist, wohnt er in Windisch. Werner Rupp ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern im Alter von 12 und 16 Jahren. Er hat eine Lehre als Maschinenmechaniker absolviert, heute arbeitet er als Montageleiter im Service und Technik für Maschinenbau bei der Firma Müller Martini in Zofingen. Besten Dank für die Unterstützung der Wahl von Werner Rupp und Ronald Eckstein.

Geheime Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	33
Eingelegte Stimmzettel	33
Leer Stimmzettel	5
In Betracht fallende Stimmzettel	28
Absolutes Mehr	15

Stimmen haben erhalten

Rupp Werner	27
Auf Vereinzelte fielen Stimmen	1

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:

Rupp Werner (SVP)

8 2013.33

Ersatzwahl Stimmzähler Einwohnerratsbüro

Geheime Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	33
Eingelegte Stimmzettel	32
Leere Stimmzettel	3
In Betracht fallende Stimmzettel	29
Absolutes Mehr	15

Stimmen haben erhalten:

Roland Eckstein (SVP) 29

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:
Eckstein Roland (SVP)

Robert Kamer, Einwohnerratspräsident (FDP): Herzliche Gratulation zur Wahl! Besten Dank für die Bereitschaft, sich zusätzlich in unserer Gemeinde zu engagieren. Ich wünsche viel Erfolg und Befriedigung bei der Ausübung dieser Aufgaben.

9 Beantwortung von gestellten Fragen

Anfrage Matthias Zehnder (SP) betreffend Natur- und Landschaftsinventar

Heinz Wipfli, Vizeammann (CVP): Der Gemeinderat plant, das Natur- und Landschaftsinventar vor der Ausarbeitung der Planungsinstrumente in den Jahren 2014/15 zu aktualisieren. Dafür sind im Budget 2014 Fr. 30'000.00 vorgesehen. Die allfällige Festlegung von Vernetzungskorridoren ist Gegenstand der Erarbeitung der Planungsinstrumente. Dieses Thema wird im Rahmen des räumlichen Entwicklungsleitbildes diskutiert und im Landschaftskonzept konkretisiert. Am Schluss fliesst die konsolidierte Haltung aus den Interessenanregungen in den Zonenplan resp. in die Bau- und Nutzungsordnung ein. Es ist derzeit nicht vorgesehen eine Landschaftskommission einzusetzen. Die Mitwirkung von lokalen Gruppierungen im Bereich von Natur und Landschaftsschutz wird wie auch andere Interessengruppen begrüsst. Aus diesem Grund wird auch mit grossem Aufwand das öffentliche Forum, das nächste findet am 21. September 2013

statt, organisiert. An diesem Anlass ist die frühzeitige Eingabe von Vorschlägen möglich. Der Gemeinderat hat im Kommunikationskonzept keine spezifische Informationsplattform für Natur- und Landschaftsbelange vorgesehen, sondern informiert wie in allen Themenbereich projektbezogen. Beispiel dafür ist in der nahen Vergangenheit die Flussufergestaltung Mülimatt.

Matthias Zehnder (SP): Mich interessiert speziell die Information der Öffentlichkeit. Ich wollte die Inventare bei der Abteilung Planung + Bau einsehen und wurde aus Zeitgründen abgewiesen. Ich kann dies nicht akzeptieren. Ich stelle deshalb nochmals die Frage nach der Gestaltung der Information der Öffentlichkeit.

Heinz Wipfli, Vizeammann (CVP): Die vorhandenen Unterlagen sind öffentlich und können eingesehen werden.

10 Mitteilungen des Gemeinderates

Heinz Wipfli, Vizeammann (CVP): Gemeindeammann Hanspeter Scheiwiler und Gemeinderat Karsten Bugmann stellen sich nicht mehr für eine Wiederwahl als Gemeinderat zur Verfügung. Die drei verbleibenden Gemeinderäte stellen sich der Wiederwahl, zwei neue Mitglieder müssen gesucht werden. Ziel ist, dass wir die neue Amtsperiode vollständig in Angriff nehmen können.

Rosi Magon, Gemeinderätin (SP): Der Jugendtreff feiert sein 20-jähriges Jubiläum. Am 21. August 1993 wurde er eröffnet. Wir feiern am 31. August 2013 mit einem Apéro, der Einwohnerrat ist herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Heidi Ammon, Gemeinderätin (SVP): Am 26. Juli, 16.00 Uhr, werden das neue Gemeinschaftsgrab und das neue Urnenplattengrab ihrer Bestimmung übergeben. Der Einwohnerrat wird ebenfalls herzlich zur Teilnahme eingeladen.

11 Neueingänge

- Postulat Bruno Kaufmann (FDP) betreffend Fussgängerstreifen Dorfstrasse



Robert Kamer, Einwohnerratspräsident (FDP): Zum Schluss müssen wir leider Brigitte Eggmann aus dem Einwohnerrat verabschieden. Infolge Wegzug in eine Nachbargemeinde tritt sie per 30. Juni 2013 aus all ihren Ämtern zurück. Brigitte Eggmann war seit 1. Januar 2006 Mitglied der SVP-Fraktion im Einwohnerrat. Zusätzlich engagierte sie sich in der FiGPK und in der Schulpflege. Windisch verliert eine sehr engagierte Mitarbeiterin, herzlichen Dank für den Einsatz!

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Treffpunkt: Restaurant Arena

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Präsident:

Der Gemeindeschreiber II: